Nummer 339

Berliner Börsen-Zeitung

Morgenausgabe · Preis 10 Pfennig. 71. Jahrgang. Donnerstag, 23. Juli 1925

Als Beilagen erscheinen: Der vollständige Kurszettel der Berliner Börse, die Steuerpraxis, Praxis des Arbeitsrechts, der Handel mit dem Osten und viele tabellarische Übersichten. Der deutsche Beamte,

Für Manuskripte übernimmt unser Verlag keine Verantwortung | Reise- und Bäder-Beilage sowie „Welt und Wissen", tägliche Unterhaltungsbeilage mit Roman | Unverlangt eingesandten Manuskripten ist Rückporto beizufügen

Verantwortl. Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Dr. Paul Oestreich, Berlin; Kunst, Wissenschaft und Lokales: S. Klöppen, Berlin-Friedenau; Inseratenteil: H. Konglewski, Berlin-Charlottenburg. Verlag und Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstraße 37

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin W 8, Kronenstr. 37

Zuschriften sind nur an die Geschäftsstelle zu richten

Fernsprecher: Für den Handel Zentrum 8669; für Politik, Kunst und Lokales Zentrum 243, für die Expedition Zentrum 12352 und für die Druckerei Zentrum 2488

Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1,— Rmk., Stellungsuchende 0,50 Rmk., Reklamezeile 5,— Rmk. Bezugs-Preis: Monatlich 6,00 Rmk. Die Zeitung erscheint in der Woche zweimal. Bestellungen nehmen Zeitungsspediteure unsere Geschäftsstelle und alle Postanstalten des Deutschen Reiches entgegen. Auslands-Bezug nur unter Streifband. Bestellungen sind direkt an unsere Geschäftsstelle zu richten. Der Bezugspreis beträgt im III. Quartal 1925 für Amerika 0 Dollar, Frankreich 175 französische Francs, Belgien 200 belgische Francs, Holland 22,50 holländische Gulden, Dänemark 50 dänische Kronen, Schweden 30 schwedische Kronen Norwegen 60 norwegische Kronen, England 40 Schilling, Italien 200 Lire, Rumänien 2000 rumänische Lei, Spanien 70 spanische Pesetas, Tschechoslowakei 300 tschechische Kronen, Brasilien 90 Milreis, Argentinien 26 Pesos, Serbien 925 Dinar; für den Monat Juli 1925 nach Oesterreich, Ungarn, Polen 10,50 Rmk., Litauen 30 Lit, Lettland 775 lettische Rubel, Finnland 125 finnische Mark, Estland 1300 estländische Mark.

Telegramm-Adresse: „Börsenkrone" | Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung eines entsprechenden Entgelts | Postscheck-Konto: Berlin Nr. 26412.

Frankreichs „Recht" auf Sanktionen.

Befürchtungen für die Sicherheitsverhandlungen.

EP Paris, 22. Juli.

Die Abendblätter äußern sich ausführlich zur deutschen Antwortnote bezüglich der Sicherheitsfrage. Der „Temps" ist heute etwas weniger zuversichtlich als gestern, er möchte feststellen, daß in den grundlegenden Fragen die Einigung noch weit entfernt sei. Deutschland versuche die Debatte abzulenken. Man sehe jetzt klar, daß das Memorandum vom 9. Februar mit dem Unterzeichnen abgetestet worden sei, mit Hilfe des Garantievertrages zu einer Revision des Versailler Vertrages zu gelangen. Wenn Deutschland von einem Einfluß des Sicherheitsvertrages auf die früheren staatlichen Verhältnisse spreche, so suche es damit vor allem eine Abänderung des Besatzungsregimes in den Rheinlanden herbeizuführen. Das wäre aber gefährlich, da in diesem Falle der Garantievertrag an die Stelle derjenigen Garantien trete, die der Versailler Vertrag Frankreich einräume. Die Stelle über die vorgeschlagene Prozedur bezwecke, die Alliierten zu verhindern, in Zukunft bei Vertragsverfehlungen Deutschlands Sanktionen zu ergreifen. Dieses Recht aber besäßen die Alliierten auch auf Grund des Versailler Vertrages. Wenn sie darauf verzichteten, so würden die Garantien verfälscht, die der Sieg den Alliierten gegeben habe. Die deutsche Note eröffne aber gleichwohl Unterhandlungsmöglichkeiten, was von Wichtigkeit sei. Man könne sich aber nicht verhehlen, daß die Unterhandlungen langwierig sein werden. — Der „Intransigeant" faßt sich kurz: Die ganze Note ruhe auf dem Grundgedanken, eine Revision des Versailler Vertrages herbeizuführen. — Die „Liberté" schreibt: „Aus jeder Zeile der deutschen Note spricht die Hartnäckigkeit, die seit 6 Jahren die deutsche Politik kennzeichnete. Es ist die Hartnäckigkeit des Hypnotiseurs, der alles anwendet, um den Willen seines Mediums einzuschläfern. Nie hat uns Deutschland weniger geneigt geschienen, die Folgen seiner Niederlage und des neuen Gleichgewichts in Europa auf sich zu nehmen."

„Journal des Débats" schreibt: Man muß verhandeln, sei es auch nur, um Deutschland zu zwingen, seine Hintergedanken vollkommen aufzudecken. Man werde sich nicht verhehlen dürfen, daß die Berliner Regierung wahrscheinlich noch nicht alle Hoffnungen aufgegeben habe, Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und England herbeizuführen. Deshalb müsse man fortgesetzt wiederholen, daß das Paktproblem vor allen Dingen ein französisch-englisches Problem sei. Jetzt würde man Gelegenheit haben, den Wert des zwischen Briand und Chamberlain erzielten Einverständnisses abzuwägen.

Wie weiter gemeldet, hat die erste vorläufige Prüfung der deutschen Sicherheitsnote durch die juristischen Sachverständigen begonnen.

Englands Zurückhaltung.

Die moralische Kraft der deutschen Beweisführung.

London, 22. Juli.

Reuter meldet, in britischen zuständigen Kreisen bestehe keine Neigung, den Inhalt der deutschen Sicherheitsnote im einzelnen zu erörtern. Vor allem habe man noch keine Zeit gehabt, den Inhalt eingehend zu erwägen, und außerdem müsse die Note vorläufig noch vom Kabinett behandelt werden. Daher werde Zurückhaltung beobachtet. Wenn auch die deutsche Mitteilung infolge gewisser Vorbehalte, die, wie man sich klar sei, vielleicht in manchen Fällen nicht ganz außer Zusammenhang mit der inneren Lage Deutschlands stünden, nicht als völlig befriedigend betrachtet werden könne, könne sie doch als Grundlage für eine weitere Erörterung angesehen werden, da sie Deutschlands Bereitschaft zu weiteren Besprechungen und seinen Wunsch, die Verhandlungen zu ermöglichen, darlege. Selbstverständlich werde ein Meinungsaustausch zwischen den Regierungen stattfinden, und die weitere Entwicklung werde möglicherweise durch Erörterungen der Botschafter, die Arbeit von Sachverständigen und vielleicht sogar schließlich durch eine Konferenz gefördert werden. Aber die ganze Sache erfordere Erwägung, auch wenn die Antwort an Deutschland nicht auf jeden Punkt eingehe, der in der Berliner Note aufgeworfen wurde.

Der „Manchester Guardian" schreibt in seinem Leitartikel zur deutschen Note: Wenn mündliche Verhandlungen an die Stelle eines Notenaustausches träten, würde damit eine freimütige Aussprache und auch die Erkenntnis ermöglicht werden, ob wirklich eine solide Grundlage für die Verhandlung vorhanden sei. Die deutsche Andeutung, daß die Zeit für eine Konferenz herannähe, biete den nicht am wenigsten wertvollen Teil der Note. In seiner Besprechung des Inhalts der Note führt das liberale Blatt aus, die deutsche Beweisführung wegen der allgemeinen Abrüstung habe große moralische Kraft. Die deutsche Entwaffnung sei nicht als dauernde Unterwerfung Deutschlands unter die militärischen Streitkräfte der Sieger gemeint gewesen, und die Deutschen seien durchaus berechtigt, sich zu beschweren. Aber aus praktischen Erwägungen müsse man sagen, daß sie Zeit verschwendeten, wenn sie versuchten, das Vorgehen der Alliierten in der Abrüstungsfrage dadurch zu beschleunigen, daß sie Bedenklichkeiten äußerten wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund. Das Blatt schließt mit der Wendung, wenn auch die deutsche Note in dieser Hinsicht unnötig unangenehm erscheine, entspreche ihr wesentlicher Inhalt doch viel besser der britischen Auffassung von dem Charakter, den der Pakt haben sollte, als dies der ursprüngliche französische Entwurf getan habe.

Die Reichstagsdebatte über die Antwortnote.

Reden Stresemanns und der Parteiführer.

Mit kurzer Verspätung begann gestern nachmittag gegen drei Uhr die außenpolitische Aussprache des Reichstages über die deutsche Antwortnote an die französische Regierung. Vor stark besetztem Hause und in Gegenwart fast sämtlicher Reichsminister, der Vertreter der Länder und einer beträchtlichen Anzahl ausländischer Diplomaten wurde sie eröffnet durch eine Rede des Reichsaußenministers. Dr. Stresemann enthielt sich geflissentlich großer politischer Exkurse und behandelte das Thema seiner Sicherheitspakt-Aktion und der Antwortnote an Briand mit der Vorsicht und Zurückhaltung, die der Interessentdem schwebenden Verfahren gegenüber anzuwenden pflegt. Er beschränkte sich im wesentlichen auf eine Kommentierung der Note und auf einen kurzen Rückblick in die Entwickelung der Sicherheitsangelegenheit. In seinen bei dieser Gelegenheit getanen Ausführungen über die Ruheräumung unterstrich er die Genugtuung über die vollzogene Räumung Westfalens sehr stark. Er wollte wohl mit diesen freundlichen, aber unverdienten Worten, die an die französische und belgische Regierung gerichtet waren, zur weiteren Besserung der Atmosphäre beitragen, in der sich die Diskussion über die Sicherheitsfrage bewegt. Das deutsche Volk hätte es allerdings zweifellos lieber gesehen, wenn der deutsche Außenminister weniger Zufriedenheit gezeigt und mehr von der verdammten Pflicht und Schuldigkeit der Franzosen und Belgier, nach so viel Vertragsbruch, Unrecht und Gewaltakt das Einbruchsgebiet zu räumen, gesprochen hätte. Was der Staatsmann versäumte, holten die anderen Sprecher der Regierungsparteien, besonders Graf Westarp und Dr. Curtius noch. Es ist dankenswert, daß der letztere nannens der Deutschen Volksparteiausdrücklich betonte, daß von den Einbruchsmächten Wiedergutmachung für die im widerrechtlich besetzten Gebiet entstandenen Schäden und verübten Gewaltaten gefordert werden müßte. Die Ausführungen dieser beiden Redner bisherten überhaupt in dieser Beziehung eine wertvolle Ergänzung zur Note und zu dem Kommentar, den ihr der Außenminister hatte zuteil werden lassen. Vieles, was dem deutschen Volke mehr am Herzen liegt und auf der Seele brennt, als die nach unserer Meinung obenso theoretischen wie aussichtslosen Verhandlungen über den Sicherheitspakt, wurde von diesen Rednern den Herren in Paris, Brüssel und London gesagt: daß Deutschland Verträge erfüllt sehen und gleichberechtigt sein will, daß Deutschland die Schäumen und die sehr realen Unbotschämtheiten der Entwaffnungsforderungen und der Hoderungen in Bezug auf unsere Luftfahrtentwickelung bis zum Halse satt hat.

Außer diesen Tatsachen ist kaum wesentliches von dem gestrigen „großen Tage" im Reichstage zu berichten. Herr Dr. Breitscheid kostete das schöne Gefühl, erster Redner der Debatte und daher für kurze Zeit das Ohr des ganzen Hauses zu haben, mit der ihm eigenen Selbstzufriedenheit aus. Wenn Dr. Breitscheid spricht, hat man immer das Gefühl, als stünde er vor einem großen Wandspiegel und betrachtete sich selbst in seiner Pose und in dem ihm eigenen Ton, fall seiner Ausführungen, deren geistiges Niveau mehr auf sozialdemokratische Agitationsversammlungen in Gartenlokalen als auf den Deutschen Reichstag zugeschnitten ist. Der Zentrumsredner Dr. Kaas, sonst kurz, klar und tiefgründig, bedrämte gestern die bedingte Zustimmung seiner Fraktion zu der Regierungspolitik leider mit der Verlesung einer Broschüre über alle möglichen außenpolitischen Probleme.

Das von Hitze und hunderttausend Worten erschöpfte Haus vertagte sich auf Donnerstag. Die kleinen Parteien sollen noch zu Worte kommen. Man nimmt an, daß der Reichskanzler heute auf Angriffe und Anregungen der Debatte antworten wird. Dem völkischen Mißtrauensvotum gegen Dr. Stresemann begegnet ein Antrag der Regierungsparteien, der die deutsche Note billigt. Es bestehen keine Zweifel, daß er angenommen wird.

Dr. J.

Der Verlauf der Sitzung.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Luther, Außenminister Dr. Stresemann, Justizminister Dr. Frenken.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 2.45 Uhr.

Einziger Gegenstand der Tagesordnung ist die außenpolitische Aussprache, die mit verschiedenen Ergänzungsetats verbunden ist.

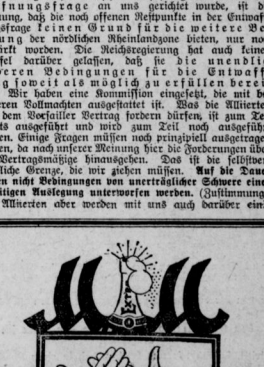
Außenminister Dr. Stresemann

erhält sofort das Wort. Er führt aus:

In meiner Reichstagsrede vom 18. Mai habe ich die grundsätzliche Einstellung der Reichsregierung zu der Frage der Sicherheiten dahin charakterisiert, daß eine Lösung ohne Deutschland eine Lösung gegen Deutschland sein würde. Aus diesen Erwägungen haben wir die Folgerungen gezogen, daß wir uns positiv an der Lösung der Sicherheitsfrage beteiligen müssen. Das deutsche Memorandum hat seine Beantwortung durch die französische Note vom 16. Juni gefunden, die ausführlich im Auswärtigen Ausschuß erörtert ist. Unsere Antwort ist am 20. Juli abgesandt worden. Ich darf ihren Wortlaut und auch ihre Begründung durch die Reichsregierung als allgemein bekannt voraussetzen. Sie erlassen mir daher wohl auch diese Einzelheiten. Die Beschleunigung, mit der unsere Antwort erfolgt ist, ist ein Beweis für unseren aufrichtigen Willen, an der Lösung der Frage ehrlich mitzuarbeiten. In der französischen Note ist bereits der Versuch gemacht, konkret auf das Problem des Sicherheitsvertrages einzugehen. Wir mußten zu dem aufgeworfenen Problem Stellung nehmen. Nur durch eine sachliche Darlegung unserer Grundgedanken konnte die Lösung des Problems weiter gefördert werden. Nachdem nun der Gesamtkomplex der Diskussion feststeht, darf man den Stand der Erörterungen vielleicht in folgenden Punkten zusammenfassen: Das Ziel der Erörterungen ist der Pakt mit Deutschland, der mit Deutschland zu schließende Pakt. Welche Mächte sich daran vielleicht noch weiter beteiligen, ist bis zur Stunde nicht zu übersehen. Zweifelhaft ist bis jetzt insbesondere noch die Stellung Italiens. Wir können unsererseits der Hoffnung Ausdruck geben, daß sich auch Italien an der Lösung des Problems beteiligt. Den Kernpunkt des Vertragswerks bildet der Garantiepakt. Neben diesem Punkt, über den ein vorläufiges Einverständnis festgestellt werden kann, bestehen noch einige bedeutsame Punkte, insbesondere der Ansturm der Schiedsverträge, die Stellung, die Deutschland innerhalb des Völkerbundes einnehmen muß. Wir hoffen inbezug auf diese Fragen, daß die sachliche Kritik, die unsere Note an den Vorschlägen der Alliierten übt, die sachliche Förderung dieser Fragen zur Folge haben wird. Wir lehnen den Gedanken ab, daß innerhalb des Schiedsgerichtsverfahrens der Sekundant gleichzeitig Schiedsrichter sein soll. Die deutsche Antwort wendet sich gegen den Versuch, das Schiedsgerichtsverfahren zu ersetzen durch das subjektive Ermessen des einzelnen Staates. Diese sachliche Darlegung des deutschen Standpunktes hat in Paris und London volle Würdigung gefunden. Die deutsche Antwort bildet die Grundlage für weitere Erörterungen, die, wie wir hoffen, zu Verhandlungen führen werden, die das mit unserer Note angestrebte Ziel sicherstellen. Wir dürfen uns daher der berechtigten Hoffnung hingeben, zu einem positiven Ergebnis zu gelangen. Wenn nicht alles täuscht, so besteht auch für die Fortsetzung dieser Erörterungen die Atmosphäre der Londoner Konferenz, die schon einmal zur Lösung des Reparationsproblems beigetragen hat. In dieser Erwartung bestärkt uns die bedeutsame Tatsache der

Räumung des Ruhrgebiets

noch vor dem vertragsmäßigen Termin. Ich stehe nicht an, der Genugtuung darüber Ausdruck zu geben, daß die französische und belgische Regierung, um ihrerseits guten Willen zu zeigen, die vollständige Räumung des Ruhrgebiets vor dem Endtermin des 16. August durchführen werden. Die französische Regierung und die belgische Regierung haben sich in dieser ihrer Entscheidung, die Londoner Vereinbarung hierüber anzuerkennen und noch vor dem 16. August bereits das Ruhrgebiet zu räumen, nicht stören lassen durch die krampfhaften Bemühungen des Grafen Reventlow, der nachzuweisen suchte, daß der grundlegende französische Text die Besatzungsmächte überhaupt nicht verpflichte, bis zum 16. August zu räumen, sondern lediglich, am 16. August zur Räumung zu schreiten, aber diese Räumung vollkommen in ihr Belieben stellt. (Lebhafte Unruhe und Rufe unerhört!) Graf Reventlow hat behauptet, daß lediglich durch eine falsche Uebersetzung des Auswärtigen Amts die deutsche Oeffentlichkeit getäuscht worden sei darüber, daß eine solche Verpflichtung der Besatzungsmächte nicht bestände, sondern daß die Besatzungsmächte lediglich verpflichtet wären, in der Räumung nach dem 16. August fortzufahren. Die französische und die belgische Regierung haben sich diese Auffassung nicht zu eigen gemacht, sondern sie haben ihrerseits vollkommen anerkannt, daß die Uebersetzung, die das Auswärtige Amt zugrunde legte, dem Vertrage entspach. Darüber konnte niemals einer zweifelhaft sein, der selbst an dem Londoner Abkommen teilgenommen hat. Ich kann vor der Oeffentlichkeit sagen: wenn in diesen letzten Wochen das Auswärtige Amt und die Deutsche Reichsregierung ihre ganzen Anstrengungen darauf richteten, die Ruheräumung zu sichern, und wenn in dieser Zeit, in der wir in fortgesetzten Verhandlungen darüber standen, ein deutscher Reichstagsabgeordneter hier vor der Oeffentlichkeit aussprechen konnte, daß (es entsteht erneut eine große Unruhe, lebhafte Rufe Pfui, pfui richteten sich gegen die Völkischen, die ihrerseits mit Gegenrufen antworten. Die Unruhe wird erst durch die Glocke des Präsidenten allmählich beschwichtigt) die Besatzungsmächte nicht gezwungen werden könnten, das besetzte Gebiet zu diesem Termin zu räumen, so ist das einmal vollkommen falsch und zweitens von Standpunkt der nationalen deutschen Interessen unerträglich. (Lebhafte Rufe im ganzen Hause: Sehr wahr. Wegen eines unverständlich gebliebenen Zwischenrufes wird ein Abgeordneter vom Präsidenten zur Ordnung gerufen.)

Die Genugtuung über die Bereitwilligkeit zur Räumung des Ruhrgebietes wird dadurch beeinträchtigt, daß ich in der Lage bin, zu erklären, daß ich nach den Erklärungen des französischen Ministerpräsidenten nicht daran zweifle, daß die Alliierten ihre in London übernommenen Verpflichtungen auch in bezug auf die Räumung der Sanktionsstädte erfüllen werden, Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort ebenfalls demnächst geräumt werden.

(Zwischenruf links.) „Demnächst" bedeutet, daß, wie das Ruhrgebiet, das Sanktionsgebiet innerhalb der vertragsmäßigen Zeit geräumt wird. Schwebt in bezug auf die Räumung des Ruhrgebietes als der Sanktionsstädte werden jetzt die Londoner Abmachungen auch in diesem letzten bedeutungsvollsten Teile zur Erfüllung gehen. Ich glaube, es wäre für unsere gesamte Politik, auch für unsere Politik gegenüber den Alliierten ein dauernder Gewinn sein, wenn wir in der deutschen Oeffentlichkeit jenes Mißtrauen überwinden könnten, das deshalb bestand und zum Teil noch heute besteht, weil wir in bezug auf die Erfüllung der uns gemachten Zusagen in den letzten Jahren nicht bewährt worden sind. Wir haben nach den Londoner Abmachungen den Zustand einer starken Entspannung der öffentlichen Meinung in Deutschland feststellen können, wir erkennen gern die Wiederherstellung der vertragsmäßigen Zustände im Ruhrgebiet an; **aber die Nichträumung der nördlichen Rheinlande zu den uns zugelagten Termin vom 10. Januar hat in der öffentlichen Meinung jene Zweifel und Bedenken wieder auftauchen lassen** (Zustimmung). Nachdem die Note bekannt geworden ist, die seitens der Alliierten mit den angeblichen deutschen Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage an uns gerichtet wurde, ist die Meinung, daß die noch offenen Restpunkte in der Entwaffnungsfrage Locarno Grund für die weitere Besetzung der nördlichen Rheinlandzone bieten, nur noch verstärkt worden. Die Reichsregierung hat auch keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie die unendlich schweren Bedingungen für die Entwaffnung soweit als möglich zu erfüllen bereit sei. Wir haben eine Kommission eingesetzt, die mit besonderen Vollmachten ausgestattet ist. Was die Alliierten nach dem Versailler Vertrag fordern dürfen, ist zum Teil bereits ausgeführt und wird zum Teil noch ausgeführt werden. Einige Fragen müssen noch prinzipiell ausgetragen werden, da nach unserer Meinung hier die Forderungen über das Vertragsmäßige hinausgehen. Das ist die selbstverständliche Grenze, die wir ziehen müssen. **Auf die Dauer dürfen nicht Bedingungen von unerträglicher Schwere einer einseitigen Auslegung unterworfen werden.** (Zustimmung.) Die Alliierten aber werden mit uns auch darüber eins